

MiFID II Product Governance – Solely for the purposes of each manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Notes has led to the conclusion that: (i) the target market for the Notes is eligible counterparties and professional clients, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "**MiFID II**"); and (ii) all channels for distribution of the Notes are appropriate, including investment advice, portfolio management, non-advised sales and pure execution services, subject to the distributor's suitability and appropriateness obligations under MiFID II, as applicable. Any person subsequently offering, selling or recommending the Notes (a "**distributor**") should take into consideration the manufacturers' target market assessment; however, a distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Notes (by either adopting or refining the manufacturers' target market assessment) and determining appropriate distribution channels, subject to the distributor's suitability and appropriateness obligations under MiFID II, as applicable.

In case of Notes listed on the Luxembourg Stock Exchange or publicly offered in the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be displayed on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu). In case of Notes listed on any other stock exchange or publicly offered in one or more member states of the European Economic Area other than the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be available free of charge during normal business hours at the registered office of the Issuer.

**BAWAG P.S.K.
Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische
Postsparkasse Aktiengesellschaft**

**30 August 2019
30. August 2019**

**Final Terms
Endgültige Bedingungen**

**EUR 500,000,000 0.375% Senior Non-Preferred Notes due September 2027
EUR 500.000.000 0,375% Nicht-Nachrangige Nicht-Präferierte Schuldverschreibungen fällig im
September 2027**

issued pursuant to the
begeben aufgrund des

**EUR 10,000,000,000
Debt Issuance Programme**

of
der

BAWAG Group AG and BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft

*BAWAG Group AG und BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft*

dated 18 March 2019
vom 18. März 2019

Issue Price: 99.178 per cent.
Ausgabepreis: 99,178%

Issue Date: 3 September 2019
Tag der Begebung: 3. September 2019

Important Notice

These Final Terms have been prepared for the purpose of Article 5(4) of the Directive 2003/71/EC of the European Parliament and of the Council of 4 November 2003, as amended, and must be read in conjunction with the Debt Issuance Programme Prospectus pertaining to the Programme dated 18 March 2019 (the "**Base Prospectus**") and the supplements dated 5 June 2019 and 19 August 2019. The Base Prospectus and any supplement thereto are available for viewing in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu) and the website of BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (www.bawagpsk.com). Copies may be obtained from BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft. Full information is only available on the basis of the combination of the Base Prospectus, any supplement and these Final Terms.

Wichtiger Hinweis

*Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Abs. 4 der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003, in der geänderten Fassung, abgefasst und sind in Verbindung mit dem Debt Issuance Programme Prospekt vom 18. März 2019 über das Programm (der "**Basisprospekt**") und den Nachträgen dazu vom 5. Juni 2019 und vom 19. August 2019 zu lesen. Der Prospekt sowie etwaige Nachträge können in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) und der Internetseite der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (www.bawagpsk.com) eingesehen werden. Kopien sind erhältlich bei BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft. Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen, der Prospekt, etwaige Nachträge dazu zusammengenommen werden.*

Part I: Terms and Conditions
Teil I: Emissionsbedingungen

The Conditions applicable to the Notes (the "**Conditions**") and the English language translation thereof, are as set out below.

*Die für die Schuldverschreibungen geltenden Bedingungen (die "**Bedingungen**") sowie die englischsprachige Übersetzung sind wie nachfolgend aufgeführt.*

Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen

§ 1

WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN

(1) *Währung; Stückelung.* Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") wird in EUR (die "**Festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von EUR 500.000.000 (in Worten: fünfhundert Millionen Euro) in einer Stückelung von EUR 100.000 (die "**Festgelegte Stückelung**") begeben.

(2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

(3) *Vorläufige Globalurkunde – Austausch.*

(a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "**vorläufige Globalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft. Die vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, die durch eine Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften zweier vertretungsbefugter Personen der Emittentin und sind jeweils von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

(b) Die vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "**Austauschtag**") gegen eine Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegt. Der Austauschtag für einen solchen Austausch soll nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch soll nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist hinsichtlich einer jeden solchen Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese vorläufige Globalurkunde gemäß Abs. (b) dieses § 1 (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4 (3) definiert) zu liefern.

(4) *Clearing System.* Die Dauerglobalurkunde wird solange von einem oder im Namen eines Clearing Systems *verwahrt*, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" bedeutet jeweils folgendes: Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg, ("**CBL**") und Euroclear Bank SA/NV, als Betreiberin des Euroclear Systems ("**Euroclear**") (CBL und Euroclear jeweils ein ICSD und gemeinsam die "**ICSDs**").

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer New Global Note ("**NGN**") ausgegeben und von einem Common Safekeeper im Namen beider ICSDs verwahrt. Der Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine

Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen.

Bei jeder Rückzahlung oder jedem Kauf durch oder für die Emittentin und jeder Entwertung von Schuldverschreibungen, die durch diese Vorläufige/Dauer-Globalurkunde verbrieft werden, werden die Einzelheiten der Rückzahlung oder des Kaufs und der Entwertung von der oder für die Emittentin in den Registern der ICSDs vermerkt. Der Nennbetrag der durch diese Vorläufige/Dauer- Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Vorläufige/Dauer-Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen, und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD jeweils ausgestellte Bestätigung mit dem Nennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist in jedem Zeitpunkt ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD. Für das technische Verfahren der ICSDs im Falle der Ausübung einer Call Option hinsichtlich einer teilweisen Rückzahlung wird der ausstehende Rückzahlungsbetrag entweder als reduzierter Nennbetrag oder als Poolfaktor nach Ermessen der ICSDs in das Register der ICSDs aufgenommen.

(5) *Anleihebedingungen.* "**Anleihebedingungen**" bedeutet diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

(6) *Gläubiger von Schuldverschreibungen.* "**Gläubiger**" bedeutet jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen treugeberischen oder eigenen Rechts an den Schuldverschreibungen.

§ 2 STATUS

(1) Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, jedoch mit der Maßgabe, dass sie nicht-bevorrechtigte nicht-nachrangige (non-preferred senior) Verbindlichkeiten der Emittentin aus Schuldtiteln sind, welche die Voraussetzungen gemäß § 131 Abs. 3 Z 1 bis 3 BaSAG erfüllen. Daher sind im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Ansprüche auf den Kapitalbetrag der Schuldverschreibungen: (i) nachrangig gegenüber allen anderen gegenwärtigen oder zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Instrumenten oder Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht die Voraussetzungen gemäß § 131 Abs. 3 Z 1 bis 3 BaSAG erfüllen; (ii) gleichrangig: (A) untereinander; und (B) mit allen anderen gegenwärtigen oder zukünftigen nicht-bevorrechtigten nicht-nachrangigen Instrumenten oder Verbindlichkeiten der Emittentin, die die Voraussetzungen gemäß § 131 Abs. 3 Z 1 bis 3 BaSAG erfüllen (ausgenommen nicht nachrangige Instrumente oder Verbindlichkeiten der Emittentin, die vorrangig oder nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind oder diesen gegenüber als vorrangig oder nachrangig bezeichnet werden); und (iii) vorrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen: (A) Stammaktien oder anderen Instrumenten des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) gemäß Artikel 28 CRR der Emittentin; (B) Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin; (C) Instrumenten des Ergänzungskapitals (Tier 2) gemäß Artikel 63 CRR der Emittentin; und (D) allen anderen nachrangigen Instrumenten oder Verbindlichkeiten der Emittentin.

"**BaSAG**" bezeichnet das österreichische Sanierungs- und Abwicklungsgesetz in der Fassung wie jeweils geändert oder ersetzt; soweit Bestimmungen des BaSAG geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen des BaSAG in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen.

"**CRR**" bezeichnet die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, in der Fassung wie jeweils geändert oder ersetzt; soweit Bestimmungen der CRR geändert oder ersetzt werden, bezieht sich der Verweis auf Bestimmungen der CRR in diesen Anleihebedingungen auf die jeweils geänderten Bestimmungen bzw. die Nachfolgeregelungen.

(2) Die Schuldverschreibungen sind dazu bestimmt, als Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente qualifizieren.

"**Anwendbare MREL-Regeln**" meint die Gesetze, Vorschriften, Anforderungen, Leitlinien und Richtlinien im Zusammenhang mit den Mindestanforderungen für Eigenmittel und Berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*, MREL), wie jeweils anwendbar.

"**Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente**" meint jegliche (direkt oder indirekt begebene) Schuldtitel der Emittentin, die für die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*, MREL) nach den Anwendbaren MREL-Regeln qualifizieren.

"**MREL**" meint die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (*minimum requirements for own funds and eligible liabilities*) nach den Anwendbaren MREL-Regeln.

(3) Kein Gläubiger ist zu irgendeinem Zeitpunkt berechtigt, mit Ansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Ansprüche der Emittentin aufzurechnen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen weder durch die Emittentin noch durch Dritte irgendeine Sicherheit oder Garantie gestellt; eine solche Sicherheit oder Garantie wird auch zu keinem späteren Zeitpunkt gestellt werden. Nachträglich kann der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden.

Hinweis an die Gläubiger der Nicht-Nachrangigen Nicht-Präferierten Schuldverschreibungen: In Bezug auf den Status wird auf das für Nicht-Nachrangige Nicht-Präferierte Schuldverschreibungen höhere Risiko einer regulatorischen Verlustzurechnung durch Abschreibung oder Umwandlung von Verbindlichkeiten gemäß dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken ("BaSAG") hingewiesen, wie näher im Risikofaktor des Basisprospekts vom 18. März 2019 beschrieben wird: "Resolution tools and powers of the SRB/the FMA as resolution authority under the SRM Regulation/the Austrian Federal Act on the Recovery and Resolution of Banks ("BaSAG"), including the write-down or conversion of equity and debt may severely affect the rights of Noteholders other than Covered Bonds and may result in a total loss."

§ 3 ZINSEN

(1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag verzinst, und zwar vom 3. September 2019 (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5 (1) definiert) (ausschließlich) mit jährlich 0,375 Prozent. Die Zinszahlung erfolgt nachträglich am 3. September eines jeden Jahres (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am

3. September 2020. Die Anzahl der Zinszahlungstage im Kalenderjahr (jeweils ein "**Feststellungstermin**") beträgt eins.

(2) *Auflaufende Zinsen*. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Beginn des Tages, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung (ausschließlich) Zinsen zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen an¹.

(3) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen*. Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

(4) *Zinstagequotient*. "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

- (i) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten, aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) gleich lang oder kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten, aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode), geteilt durch das Produkt aus (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl von Feststellungsterminen in einem Kalenderjahr; oder
- (ii) wenn der Zinsberechnungszeitraum (einschließlich des ersten, aber ausschließlich des letzten Tages dieser Periode) länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr.

"**Feststellungsperiode**" ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).

"**Feststellungstermin**" bezeichnet den 3. September in jedem Jahr.

§ 4 ZAHLUNGEN

(1)(a) *Zahlungen von Kapital*. Zahlungen von Kapital auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe des § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt nach deutschem Recht für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutsche Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs 1, 247 Abs 1 BGB. Nach österreichischem Recht beträgt der allgemeine gesetzliche Verzugszinssatz für das Jahr 4 Prozentpunkte (§ 1333 iVm § 1000 ABGB), für Geldforderungen zwischen Unternehmern aus unternehmensbezogenen Geschäften für das Jahr 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) im Fall eines schuldhaften Verzugs, sonst ebenfalls 4 Prozentpunkte.

jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle außerhalb der Vereinigten Staaten.

(b) *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1 (3)(b).

(2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der Festgelegten Währung ist.

(3) *Vereinigte Staaten.* Für die Zwecke des § 1 (3) und des § 4 (1) bezeichnet "**Vereinigte Staaten**" die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und der Northern Mariana Islands).

(4) *Erfüllung.* Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) *Zahltag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag und ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Zahltag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und TARGET2 (Trans-European Automated Realtime Cross Settlement Express Transfer System) zur Abwicklung von Zahlungen in Euro betriebsbereit ist.

(6) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge. Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf Zinsen auf Schuldverschreibungen sollen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge einschließen.

(7) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Zins- oder Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die jeweiligen Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§ 5 RÜCKZAHLUNG

(1) *Rückzahlung bei Endfälligkeit.* Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am 3. September 2027 (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt. Der "**Rückzahlungsbetrag**" in Bezug auf jede Schuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen.

(2) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.* Die Schuldverschreibungen können, bei Erfüllung der Rückzahlungsbedingung gemäß § 5 (4), insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber der Emissionsstelle und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Republik Österreich oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3 (1) definiert) zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Bedingungen definiert) verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen vernünftiger der Emittentin zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann.

Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (i) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen dann fällig sein würde, oder (ii) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, die Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist.

Eine solche Kündigung hat gemäß § 12 zu erfolgen. Sie ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt.

(3) *Vorzeitige Rückzahlung wegen eines MREL Disqualification Events.* Falls ein MREL Disqualification Event eingetreten ist und fort dauert und die Rückzahlungsbedingung (wie unter § 5 (4) definiert) erfüllt ist, können die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber der Emissionsstelle und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener Zinsen zurückgezahlt werden. Eine derartige Kündigung muss innerhalb von 90 Tagen nach Eintritt des MREL Disqualification Event ausgesprochen werden. Die Kündigung ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt.

"**MREL Disqualification Event**" meint zu jedem Zeitpunkt die Feststellung durch die Emittentin, dass die Schuldverschreibungen, ganz oder teilweise (i) nicht als Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente anerkannt werden, oder (ii) sich ihre aufsichtsrechtliche Einstufung so ändert, dass die Schuldverschreibungen wahrscheinlich von den Berücksichtigungsfähigen MREL-Instrumenten ausgeschlossen wären oder sind, wobei jeweils kein MREL Disqualification Event eintreten soll auf der Basis, (i) dass die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen weniger beträgt als ein etwaiger Zeitraum gemäß den Anwendbaren MREL-Regeln, und/oder (ii) etwaiger anwendbarer Beschränkungen des

zulässigen oder genehmigten Betrages für Berücksichtigungsfähige MREL-Instrumente zur Erfüllung von MREL gemäß den Anwendbaren MREL-Regeln.

(4) Jede Rückzahlung und jeder Rückkauf gemäß § 11 (2) der Schuldverschreibungen und jede Mitteilung diesbezüglich nach § 12 unterliegt der Bedingung (die "Rückzahlungsbedingung"), dass die Emittentin von der Abwicklungsbehörde die vorherige Erlaubnis zu vorzeitigen Rückzahlung nach diesem § 5 oder für einen Rückkauf gemäß § 11 (2) nach Maßgabe der Anwendbaren MREL-Regeln erlangt hat, soweit im betreffenden Zeitpunkt auf die Emittentin anwendbar; eine solche Erlaubnis setzt unter anderem voraus, dass

- (a) die Emittentin die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente oder Instrumente berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten gleicher oder höherer Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der Regulatorischen BAWAG-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin nachhaltig sind;
- (b) die Emittentin der Abwicklungsbehörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der Regulatorischen BAWAG-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin nach einer solchen vorzeitigen Rückzahlung oder einem Rückkauf die Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten um eine Spanne übersteigen, welche die Abwicklungsbehörde Behörde im Einvernehmen mit der Zuständigen Behörde im betreffenden Zeitpunkt für erforderlich hält; oder
- (c) die Emittentin der Abwicklungsbehörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die teilweise oder vollständige Ersetzung der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten durch Eigenmittelinstrumente erforderlich ist, um die Einhaltung der Eigenmittelanforderungen gemäß der CRR und der CRD IV zum Zwecke einer dauerhaften Zulassung zu gewährleisten.

"**Abwicklungsbehörde**" bezeichnet die zuständige Behörde gemäß § 2 Z 18 iVm. § 3 Abs. 1 BaSAG, die für eine Abwicklung Regulatorischen BAWAG-Gruppe und/oder (gegebenenfalls) der Emittentin verantwortlich ist.

"**CRD IV**" bezeichnet die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (Capital Requirements Directive IV, CRD IV), wie in der Republik Österreich umgesetzt und wie geändert oder ersetzt.

"**Regulatorische BAWAG-Gruppe**" meint jederzeit jede Bankengruppe: (i) zu der die Emittentin gehört; und (ii) für welche die Anforderungen an berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten nach den Anwendbaren MREL-Regeln auf konsolidierter Basis aufgrund von aufsichtlicher Konsolidierung anwendbar sind.

"**Zuständige Behörde**" meint die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß Artikel 4 Abs. 1 Nr. 40 CRR, die jeweils für die Beaufsichtigung der Regulatorischen BAWAG-Gruppe und (gegebenenfalls) der Emittentin zuständig ist.

Unabhängig von den vorstehenden Bedingungen, wenn die Anwendbaren MREL-Regeln im Zeitpunkt einer vorzeitigen Rückzahlung oder eines Rückkaufs die vorzeitige Rückzahlung oder den Rückkauf nur unter Beachtung einer oder mehrerer alternativer oder zusätzlicher Bedingungen zu den in diesem § 5 (4) niedergelegten Bedingungen erlauben, hat die Emittentin diese anderen Bedingungen und/oder zusätzlichen Bedingungen einzuhalten.

Darüber hinaus wird die Emittentin die Schuldverschreibungen, selbst wenn eine Mitteilung über eine vorzeitige Rückzahlung gemäß § 5 (2) oder § 5 (3) abgegeben wurde, nur dann vorzeitig am in der Mitteilung genannten Tag zurückzahlen, wenn die dann anwendbaren Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach diesem § 5 (4) am in dieser Mitteilung genannten Rückzahlungstag erfüllt sind.

Zur Klarstellung: Eine etwaige Verweigerung der Erlaubnis durch die Abwicklungsbehörde nach Maßgabe der Anwendbaren MREL-Regeln stellt keine Pflichtverletzung zu irgendeinem Zweck dar.

§ 6

DIE EMISSIONSSTELLE UND DIE ZAHLSTELLE

(1) *Bestellung.* bezeichnete Geschäftsstelle. Die anfänglich bestellte Emissionsstelle und die anfänglich bestellte Zahlstelle und deren jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle lauten wie folgt:

Emissionsstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Zahlstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Die Emissionsstelle und die Zahlstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle zu ersetzen.

(2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Emissionsstelle oder einer Zahlstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Emissionsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (i) eine Emissionsstelle unterhalten und (ii) solange die Schuldverschreibungen an der Luxembourg Stock Exchange notiert sind, eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann), wobei es sich um eine Bank mit dem Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum ("EWR") zu handeln hat, mit bezeichneter Geschäftsstelle in Luxemburg und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) *Beauftragte der Emittentin.* Die Emissionsstelle und die Zahlstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

§ 7

STEUERN

(1) Alle auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Kapital- oder Zinsbeträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich

welcher Art zu leisten, die von oder in der Republik Österreich oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde der oder in der Republik Österreich auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, dieser Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die "**zusätzlichen Beträge**") zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen von Kapital und Zinsen entsprechen, die ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt von den Gläubigern empfangen worden wären, wobei zusätzliche Beträge Zinsen, nicht aber Kapital umfassen; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlichen Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (a) von einer als Depotbank oder Inkassobeauftragter des Gläubigers handelnden Person oder sonst auf andere Weise zu entrichten sind als dadurch, dass die Emittentin aus den von ihm zu leistenden Zahlungen von Kapital oder Zinsen einen Einbehalt oder Abzug vornimmt; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu der Republik Österreich zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Republik Österreich stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund (i) Verordnungen oder Richtlinien der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, oder (ii) internationaler Verträge oder Übereinkommen der Europäischen Union oder der Republik Österreich bezüglich der Besteuerung von Zinserträgen, oder (iii) den gesetzlichen Vorschriften, die derartige Richtlinien, Verordnungen oder Übereinkommen umsetzen, zurückbehalten oder abgezogen werden; oder
- (d) von einer auszahlenden Stelle einbehalten oder abgezogen werden, wenn die Zahlung von einer anderen auszahlenden Stelle ohne den Einbehalt oder Abzug hätte vorgenommen werden können; oder
- (e) wegen einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung oder wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß § 12 wirksam wird.

(2) Unbeschadet sonstiger Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, ist die Emittentin zum Einbehalt oder Abzug der Beträge berechtigt, die gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (einschließlich dessen Änderungen oder Nachfolgevorschriften), gemäß zwischenstaatlicher Abkommen, gemäß den in einer anderen Rechtsordnung in Zusammenhang mit diesen Bestimmungen erlassenen Durchführungsvorschriften oder gemäß mit dem Internal Revenue Service geschlossenen Verträgen ("**FATCA Quellensteuer**") erforderlich sind. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge zu zahlen oder Gläubiger in Bezug auf FATCA Quellensteuer schadlos zu halten, die von der Emittentin, einer Zahlstelle oder von einem anderen Beteiligten als Folge davon, dass eine andere Person als die Emittentin oder deren Zahlstelle nicht zum Empfang von Zahlungen ohne FATCA Quellensteuer berechtigt ist, abgezogen oder einbehalten wurden.

§ 8 VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre verkürzt.

§ 9 KÜNDIGUNG

(1) *Kündigungsgründe.* Jeder Gläubiger ist berechtigt, seine Schuldverschreibung zu kündigen und deren sofortige Rückzahlung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in § 5 beschrieben), zuzüglich etwaiger bis zum Tage der Rückzahlung aufgelaufener Zinsen zu verlangen, falls ein Insolvenz- oder Liquidationsverfahren gegen die Emittentin eingeleitet wird, welches nicht binnen 60 Tage nach seiner Einleitung endgültig oder einstweilen eingestellt worden ist, oder falls die Emittentin die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt.

(2) *Benachrichtigung.* Eine Benachrichtigung, einschließlich einer Kündigung der Schuldverschreibungen gemäß vorstehendem Abs. 1 ist schriftlich in deutscher oder englischer Sprache gegenüber der Emissionsstelle zu erklären und persönlich oder per Einschreiben an deren bezeichnete Geschäftsstelle zu übermitteln. Der Benachrichtigung ist ein Nachweis beizufügen, aus dem sich ergibt, dass der betreffende Gläubiger zum Zeitpunkt der Abgabe der Benachrichtigung Inhaber der betreffenden Schuldverschreibung ist. Der Nachweis kann durch eine Bescheinigung der Depotbank (wie in § 13 (4) definiert) oder auf andere geeignete Weise erbracht werden.

§ 10 ERSETZUNG

(1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger ein mit ihr verbundenes Unternehmen (wie unten definiert) als Hauptschuldnerin für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen (die "**Nachfolgeschuldnerin**") einzusetzen, sofern:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin in der Lage ist, sämtliche sich aus oder in dem Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Zahlungsverpflichtungen ohne die Notwendigkeit eines Einbehalts von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle zu erfüllen sowie die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen an die Emissionsstelle übertragen können;
- (b) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen übernimmt;
- (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet, jedem Gläubiger alle Steuern, Gebühren oder Abgaben zu erstatten, die ihm in Folge der Ersetzung durch die Nachfolgeschuldnerin auferlegt werden;
- (d) die Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge zu Bedingungen garantiert, die den Bedingungen einer nicht nachrangigen Garantie der Emittentin entsprechen;
- (e) der Emissionsstelle jeweils eine Bestätigung bezüglich der betroffenen Rechtsordnungen von anerkannten Rechtsanwältinnen vorgelegt wird, dass die Bestimmungen in den vorstehenden Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) erfüllt wurden.

Für die Zwecke dieses § 10 bedeutet "verbundenes Unternehmen" ein Konzernunternehmen im Sinne von § 15 österreichisches Aktiengesetz

(2) *Bekanntmachung*. Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu machen.

(3) *Änderung von Bezugnahmen*. Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat. Des Weiteren gilt im Fall einer Ersetzung folgendes:

(a) in § 7 und § 5 Abs. 2 gilt eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat);

(b) in § 10 Abs. 1(d) gilt eine alternative Bezugnahme auf die Emittentin in ihrer Eigenschaft als Garantin als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin).

Im Fall einer Ersetzung folgt die Nachfolgeschuldnerin der Emittentin als Rechtsnachfolgerin nach, ersetzt diese und darf alle Rechte und Befugnisse der Emittentin aus den Schuldverschreibungen mit der gleichen Wirkung geltend machen, als wenn die Nachfolgeschuldnerin in diesen Emissionsbedingungen als Emittentin genannt worden wäre, und die Emittentin (bzw. die Gesellschaft, die zuvor die Verpflichtungen der Emittentin übernommen hat) wird von ihren Verpflichtungen als Schuldnerin aus den Schuldverschreibungen befreit.

§ 11

BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

(1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen*. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) *Rückkauf*. Die Emittentin ist jederzeit nach Maßgabe und vorbehaltlich der Anwendbaren MREL-Regeln (wie unter § 2 (2) definiert), und vorbehaltlich der Bedingungen in § 5 (4), insbesondere eines Erlaubnisvorbehalts der Abwicklungsbehörde berechtigt, (i) Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und (ii) diese Schuldverschreibungen zu halten, weiterzuverkaufen oder bei der Emissionsstelle zwecks Entwertung einzureichen. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) *Entwertung*. Sämtliche vollständig zurückgezahlten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12

MITTEILUNGEN

(1) *Bekanntmachung*. Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind auf der Internetseite der Emittentin unter dem Link <https://www.bawagpsk.com/> und auf der Internetseite der Luxemburger Börse, www.bourse.lu zu veröffentlichen. Falls eine Veröffentlichung auf der Internetseite nicht möglich

ist, werden die Mitteilungen in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in Luxemburg veröffentlicht.

Die Emittentin wird auch sicherstellen, dass Mitteilungen ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer jeden Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, erfolgen. Jede derartige Mitteilung gilt am Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

(2)*Mitteilungen an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, anstelle der Veröffentlichung nach Abs. 1, eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger zu übermitteln, vorausgesetzt, die Regeln der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, lassen diese Form der Mitteilung zu. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing System als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13

ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

(1)*Ausschluss der Anwendbarkeit des Kuratorengesetzes.* Soweit rechtlich zulässig ist die Anwendbarkeit der Bestimmungen des Kuratorengesetzes und des Kuratorenergänzungsgesetzes im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ausdrücklich ausgeschlossen.

(2)*Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht mit Ausnahme der den Nachrang regelnden Bedingungen, welche österreichischem Recht unterliegen.

(3)*Gerichtsstand.* Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren ("**Rechtsstreitigkeiten**") ist das Landgericht in Frankfurt am Main.

(4)*Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (i) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält, (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearing System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält; und (ii) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre. Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die im Land, in dem der Prozess stattfindet, prozessual zulässig ist.

§ 14
SPRACHE

Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

* * *

Terms and Conditions of the Notes

§ 1

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

(1) *Currency; Denomination.* This Series of Notes (the "**Notes**") of BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (the "**Issuer**") is being issued in EUR (the "**Specified Currency**") in the aggregate principal amount of EUR 500,000,000 (in words: five hundred million euros) in the denomination of EUR 100,000 (the "**specified Denomination**").

(2) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.

(3) *Global Note – Exchange.*

(a) The Notes are initially represented by a temporary global note (the "**Temporary Global Note**") without coupons. The Temporary Global Note will be exchangeable for Notes in the specified Denomination represented by a permanent global note (the "**Permanent Global Note**") without coupons. The Temporary Global Note and the Permanent Global Note shall each be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall each be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive notes and interest coupons will not be issued.

(b) The Temporary Global Note shall be exchanged for the Permanent Global Note on a date (the "**Exchange Date**") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Note. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Note. Such exchange shall only be made upon delivery of certifications to the effect that the beneficial owner or owners of the Notes represented by the Temporary Global Note is not a U.S. person (other than certain financial institutions or certain persons holding Notes through such financial institutions). Payment of interest on Notes represented by a Temporary Global Note will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Note will be treated as a request to exchange such Temporary Global Note pursuant to subparagraph (b) of this § 1 (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Note shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4 (3)).

(4) *Clearing System.* The Permanent Global Note will be kept in custody by or on behalf of the Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied. "**Clearing System**" means Clearstream Banking, société anonyme, Luxembourg, ("**CBL**") and Euroclear Bank SA/NV, as operator of the Euroclear System ("**Euroclear**") (CBL and Euroclear each an ICSD and together the "**ICSDs**").

The Notes are issued in new global note ("**NGN**") form and are kept in custody by a common safekeeper on behalf of both ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount Notes represented by the Global Note.

On any redemption in respect of, or purchase by or on behalf of the Issuer and cancellation of, any of the Notes represented by this Temporary/Permanent Global Note details of such redemption or purchase and cancellation (as the case may be) shall be entered by or on behalf of the Issuer in the records of the

ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Temporary/Permanent Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount of Notes represented by the Temporary/Permanent Global Note and, for these purposes, a statement issued by ICSD stating the principal amount of Notes so represented at any time shall be conclusive evidence of the records of the relevant ICSD at that time. For technical procedure of the ICSDs, in the case of the exercise of a Call Option relating to a partial redemption the outstanding redemption amount will be reflected in the records of the ICSDs as either a nominal reduction or as a pool factor, at the discretion of the ICSDs.

(5) *Conditions*. "**Conditions**" means these Terms and Conditions of the Notes.

(6) *Noteholder*. "**Noteholder**" means any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest in the Notes.

§ 2 STATUS

(1) The obligations under the Notes constitute unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, provided that they are non-preferred senior obligations of the Issuer under debt instruments which meet the criteria pursuant to § 131 (3) nos. 1–3 BaSAG. Therefore, in the event of the insolvency or the liquidation of the Issuer, claims on the principal amount of the Notes rank: (i) junior to all other present or future unsecured and unsubordinated instruments or obligations of the Issuer which do not meet the criteria pursuant to § 131 (3) nos. 1–3 BaSAG; (ii) *pari passu*: (A) among themselves; and (B) with all other present or future non-preferred senior instruments or obligations of the Issuer which meet the criteria pursuant to § 131 (3) nos. 1–3 BaSAG (other than senior instruments or obligations of the Issuer ranking or expressed to rank senior or junior to the Notes); and (iii) senior to all present or future claims under: (A) ordinary shares and other common equity tier 1 instruments pursuant to Article 28 CRR of the Issuer; (B) additional tier 1 instruments pursuant to Article 52 CRR of the Issuer; (C) tier 2 instruments pursuant to Article 63 CRR; and (D) all other subordinated instruments or obligations of the Issuer.

"**BaSAG**" means the Austrian Recovery and Resolution Act (*Sanierungs- und Abwicklungsgesetz*), as amended or replaced from time to time; to the extent that any provisions of the BaSAG are amended or replaced, the reference to provisions of the BaSAG as used in these Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time.

"**CRR**" means Regulation (EU) No 575/2013 of the European Parliament and the Council of 26 June 2013 on prudential requirements for credit institutions and investment firms and amending Regulation (EU) No 648/2012, as amended or replaced from time to time; to the extent that any provisions of the CRR are amended or replaced, the reference to provisions of the CRR as used in these Conditions shall refer to such amended provisions or successor provisions from time to time.

(2) The Notes shall qualify as Eligible MREL Instruments.

"**Applicable MREL Regulation**" means the laws, regulations, requirements, guidelines and policies relating to the minimum requirements for own funds and eligible liabilities, as applicable from time to time.

"Eligible MREL Instrument" means any (directly issued) debt instrument of the Issuer that qualifies for the minimum requirements for own funds and eligible liabilities (MREL) pursuant to the Applicable MREL Regulation.

"MREL" means the minimum requirements for own funds and eligible liabilities from time to time pursuant to the Applicable MREL Regulation.

(3) No Noteholder has at any time a right to set-off his claims under the Notes against any claim the Issuer has or may have against such Noteholder. Neither the Issuer nor any third party may secure the rights under the Notes by providing any form of guarantee or security in favour of the Noteholders. No such guarantee or security may be provided at any later time. No subsequent agreement may limit the subordination pursuant to the provisions set out in this § 2 or amend the Maturity Date in respect of the Notes to any earlier date or shorten any applicable notice period (*Kündigungsfrist*).

Note to the Noteholders of Senior Non-Preferred Notes: In respect of the Status, reference is made to the higher risk for Senior Non-Preferred Notes of a regulatory allocation of losses by the write-down or conversion of liabilities in the context of an application of the Austrian Federal Act on the Recovery and Resolution of Banks ("BaSAG") as more fully described in the risk factor entitled "Resolution tools and powers of the SRB/the FMA as resolution authority under the SRM Regulation/the Austrian Federal Act on the Recovery and Resolution of Banks ("BaSAG"), including the write-down or conversion of equity and debt may severely affect the rights of Noteholders other than Covered Bonds and may result in a total loss." in the Base Prospectus dated 18 March 2019.

§ 3 INTEREST

(1) *Rate of Interest and Interest Payment Dates.* The Notes shall bear interest on their principal amount at the rate of 0.375 per cent. *per annum* from (and including) 3 September 2019 to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5 (1)). The payment of interest shall be made in arrear on 3 September in each year (each an **"Interest Payment Dates"**). The first payment of interest shall be made on 3 September 2020. The number of Interest Payment Dates per calendar year (each a **"Determination Date"**) is one.

(2) *Accrual of Interest.* The Notes shall cease to bear interest as from the beginning of the day on which they are due for redemption. If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue on the outstanding principal amount of the Notes from (and including) the due date to (but excluding) the date of actual redemption of the Notes at the default rate of interest established by law.²

(3) *Calculation of Interest for Partial Periods.* If interest is required to be calculated for a period of less than a full year, such interest shall be calculated on the basis of the Day Count Fraction (as defined below).

² Under German law, the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by *Deutsche Bundesbank* from time to time, §§ 288 (1), 247 (1) German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch* – **"BGB"**). Under Austrian law, the default rate of interest is four percentage points *per annum* (§§ 1333, 1000 Austrian Civil Code – *Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch* – **"ABGB"**). Regarding monetary claims between entrepreneurs relating to entrepreneurial dealings, the default interest rate in case of a culpable default is 9.2 percentage points *per annum* above the basic rate of interest (§ 456 Austrian Commercial Code (*Unternehmensgesetzbuch* – **"UGB"**)), otherwise also the default interest rate of four percentage points *per annum* applies.

(4) *Day Count Fraction*. "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest on any Note for any period of time (the "**Calculation Period**"):

- (i) if the Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period (from and including the first day of such period but excluding the last) divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year; or
- (ii) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year and (B) the number of days in such Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year.

"**Determination Period**" means the period from (and including) a Determination Date to, (but excluding) the next Determination Date.

"**Determination Date**" means 3 September in each year.

§ 4 PAYMENTS

(1)(a) *Payment of Principal*. Payment of principal in respect of Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in the case of partial payment) surrender of the Global Note representing the Notes at the time of payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.

(b) *Payment of Interest*. Payment of interest on Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System.

(2) *Manner of Payment*. Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Notes shall be made in the freely negotiable and convertible currency which on the respective due date is the currency of the country of the Specified Currency.

(3) *United States*. For purposes of § 1 (3) and § 4 (1), "**United States**" means the United States of America (including the States thereof and the Districts of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and the Northern Mariana Islands).

(4) *Discharge*. The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System.

(5) *Payment Business Day*. If the date for payment of any amount in respect of any Notes is not a Payment Business Day, then the Noteholders shall not be entitled to payment until the next such day in the relevant place and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

"Payment Business Day" means any day which is a day (other than a Saturday or a Sunday) on which the Clearing System as well as TARGET2 (Trans-European Automated Realtime Gross Settlement Express Transfer System) is open for the settlement of payments in Euro.

(6) *References to Principal and Interest.* Reference in these Conditions to principal in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable: the Final Redemption Amount of the Notes; the Early Redemption Amount of the Notes; and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Notes. Reference in these Conditions to interest in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable, any Additional Amounts which may be payable under § 7.

(7) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the Amtsgericht in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Noteholders within twelve months after the Maturity Date, even though such Noteholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Noteholders against the Issuer shall cease.

§ 5 REDEMPTION

(1) *Redemption at Maturity.* Unless previously redeemed in whole or in part or purchased and cancelled, the Notes shall be redeemed at their Final Redemption Amount on 3 September 2027 (the "**Maturity Date**"). The "**Final Redemption Amount**" in respect of each Note shall be its principal amount.

(2) *Early Redemption for Reasons of Taxation.* If as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of the Republic of Austria or any political subdivision or taxing authority thereto or therein affecting taxation or the obligation to pay duties of any kind, or any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last Tranche of this series of Notes was issued, the Issuer is required to pay Additional Amounts (as defined in § 7 herein) on the next succeeding Interest Payment Date (as defined in § 3 (1)), and this obligation cannot be avoided by the use of reasonable measures available to the Issuer, the Notes may, upon fulfilment of the Redemption Condition pursuant to § 5 (4), be redeemed, in whole but not in part, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Noteholders, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest (if any) accrued to the date fixed for redemption.

However, no such notice of redemption may be given (i) earlier than 90 days prior to the earliest date on which the Issuer would be obligated to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due, or (ii) if at the time such notice is given, such obligation to pay such Additional Amounts or make such deduction or withholding does not remain in effect.

Any such notice shall be given in accordance with § 12. It shall be irrevocable, must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

(3) *Early Redemption due to a MREL Disqualification Event.* If an MREL Disqualification Event has occurred and is continuing and the Redemption Condition (as defined in § 5 (4)) is met, then the Issuer may, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Noteholders, redeem the Notes,

in whole but not in part, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest (if any) accrued to the date fixed for redemption. Such notice may not be given, however, later than 90 days following such MREL Disqualification Event. Any such notice shall be irrevocable and must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

"MREL Disqualification Event" means the determination by the Issuer, at any time, that the Notes, in full or in part, (i) do not constitute Eligible MREL Instruments, or (ii) there is a change in the regulatory classification of the Notes that would likely result or has resulted in the exclusion of the Notes from the Eligible MREL Instruments, provided that in each case an MREL Disqualification Event shall not occur on the basis (i) that the remaining maturity of the Notes is less than any period prescribed by any Applicable MREL Regulation, and/or (ii) of any applicable limits on the amount of Eligible MREL Instruments permitted or allowed to meet MREL under the Applicable MREL Regulation.

(4) Validity of any redemption of the Notes and any notice given pursuant to § 12 in regard of such redemption and any repurchase pursuant to § 11 (2) shall be subject to the condition (the **"Redemption Condition"**) that the Issuer having obtained the prior permission of the Resolution Authority for the redemption pursuant to this § 5 or any repurchase pursuant to § 11 (2) in accordance with the Applicable MREL Regulation, if applicable to the Issuer at that point in time; such permission may, inter alia, require that:

- (a) the Issuer replaces the Notes with own funds or eligible liabilities instruments of equal or higher quality at terms that are sustainable for the income capacity of BAWAG Regulatory Group and/or (as the case may be) the Issuer;
- (b) the Issuer has demonstrated to the satisfaction of the Resolution Authority that the own funds and eligible liabilities of BAWAG Regulatory Group and/or (as the case may be) the Issuer would, following such redemption or repurchase, exceed the requirements for own funds and eligible liabilities under the Applicable MREL Regulation by a margin that the Resolution Authority, in agreement with the Competent Authority, considers necessary at such time; or
- (c) the Issuer has demonstrated to the satisfaction of the Resolution Authority that the partial or full replacement of the eligible liabilities with own funds instruments is necessary to ensure compliance with the own funds requirements laid down in the CRR and the CRD IV for continuing authorisation.

"BAWAG Regulatory Group" means, from time to time, any banking group: (i) to which the Issuer belongs; and (ii) to which the eligible liabilities requirements under the Applicable MREL Regulations apply on a consolidated basis due to prudential consolidation.

"Competent Authority" means the competent authority pursuant to Article 4(1)(40) CRR which is responsible to supervise BAWAG Regulatory Group and/or (as the case may be) the Issuer.

"CRD IV" means the Directive 2013/36/EU of the European Parliament and of the Council of 26 June 2013 on access to the activity of credit institutions and the prudential supervision of credit institutions and investment firms (Capital Requirements Directive IV), as implemented in the Republic of Austria and as amended or replaced from time to time.

"Resolution Authority" means the competent authority pursuant to § 2 No 18 BaSAG in connection with § 3 (1) BaSAG which is responsible for a resolution of BAWAG Regulatory Group and/or (as the case may be) the Issuer.

Notwithstanding the above conditions, if, at the time of any redemption or purchase, the prevailing Applicable MREL Regulations permit the redemption or purchase only after compliance with one or more alternative or additional pre-conditions to those set out above in this § 5 (4), the Issuer shall comply with such other and/or, as appropriate, additional pre-conditions.

In addition, even if a notice of redemption is given pursuant to § 5 (2) or § 5 (3), the Issuer will only redeem the Notes on the date of redemption specified in the notice if the then applicable conditions to redemption laid down in this § 5 (4) are fulfilled on the date of redemption specified in such notice.

For the avoidance of doubt, any refusal of the Resolution Authority to grant permission in accordance with the Applicable MREL Regulations shall not constitute a default for any purpose.

§ 6 FISCAL AGENT AND PAYING AGENT

(1) *Appointment; Specified Offices.* The initial Fiscal Agent and Paying Agent and their respective initial specified offices are:

Fiscal Agent: Citibank Europe plc
 1 N Wall Quay, North Dock
 Dublin, 1
 Ireland

Paying Agent: Citibank Europe plc
 1 N Wall Quay, North Dock
 Dublin, 1
 Ireland

The Fiscal Agent and the Paying Agent reserve the right at any time to change their respective specified offices to some other specified offices.

(2) *Variation or Termination of Appointment.* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent and to appoint another Fiscal Agent or additional or other Paying Agents. The Issuer shall at all times maintain (i) a Fiscal Agent and (ii) so long as the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange (LuxSE), a Paying Agent (which may be the Fiscal Agent) which shall be a bank domiciled in the European Economic Area ("EEA") with a specified office in Luxembourg and/or in such other place as may be required by the rules of such stock exchange. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in the case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Noteholders in accordance with § 12.

(3) *Agents of the Issuer.* The Fiscal Agent and the Paying Agent act solely as agents of the Issuer and do not have any obligations towards or relationship of agency or trust to any Noteholder.

§ 7
TAXATION

(1) All payments of principal and interest in respect of the Notes shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of deduction or withholding on behalf of the Republic of Austria or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the Issuer shall pay such additional amounts (the "**Additional Amounts**") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Noteholders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts of principal and interest which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction and provided that Additional Amounts shall only encompass amounts in relation to interest, but not in relation to principal; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:

- (a) are payable by any person acting as custodian bank or collecting agent on behalf of a Noteholder, or otherwise in any manner which does not constitute a withholding or deduction by the Issuer from payments of principal or interest made by it, or
- (b) are payable by reason of the Noteholder having, or having had, some personal or business connection with the Republic of Austria and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in the Republic of Austria, or
- (c) are deducted or withheld pursuant to (i) any European Union Directive or Regulation concerning the taxation of interest income, or (ii) any international treaty or understanding relating to such taxation and to which the Republic of Austria or the European Union is a party, or (iii) any provision of law implementing, or complying with, or introduced to conform with, such Directive, Regulation, treaty or understanding, or
- (d) are withheld or deducted by a paying office from a payment if the payment could have been made by another paying office without such withholding or deduction, or
- (e) are payable by reason of a change in law that becomes effective more than 30 days after the relevant payment becomes due, or is duly provided for and notice thereof is published in accordance with § 12, whichever occurs later.

(2) Notwithstanding any other provision in these Conditions, the Issuer shall be permitted to withhold or deduct any amounts required by the rules of U.S. Internal Revenue Code Sections 1471 through 1474 (or any amended or successor provisions), pursuant to any inter-governmental agreement, or implementing legislation adopted by another jurisdiction in connection with these provisions, or pursuant to any agreement with the IRS ("**FATCA Withholding**"). The Issuer will have no obligation to pay additional amounts or otherwise indemnify a holder for any FATCA Withholding deducted or withheld by the Issuer, any paying agent or any other party as a result of any person other than Issuer or an agent of the Issuer not being entitled to receive payments free of FATCA Withholding.

§ 8
PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in section 801 subparagraph 1, sentence 1 BGB (German Civil Code) is reduced to ten years for the Notes.

§ 9
EVENTS OF DEFAULT

(1) *Events of Default.* Each Noteholder shall be entitled to declare his Notes due and demand immediate redemption thereof at the Early Redemption Amount (as described in § 5), together with accrued interest (if any) to the date of repayment in the event that insolvency or liquidation proceedings are instituted against the Issuer which shall not have been dismissed or stayed within 60 days after institution, or if the Issuer applies for institution of such proceedings.

(2) *Notice.* Any notice, including any notice declaring Notes due in accordance with subparagraph (1) shall be made by means of a written declaration in the German or English language delivered by hand or registered mail to the specified office of the Fiscal Agent together with proof that such Noteholder at the time of such notice is a holder of the relevant Notes by means of a certificate of his Custodian (as defined in § 13 (4)) or in another appropriate manner.

§ 10
SUBSTITUTION

(1) *Substitution.* The Issuer shall be entitled at any time, without the consent of the Noteholders, if no payment of principal or interest on any of the Notes is in default, to substitute for the Issuer any Affiliate (as defined below) as principal debtor in respect of all obligations arising from or in connection with the Notes (the "**Substitute Debtor**"), provided that:

- (a) the Substitute Debtor is in a position to fulfil all payment obligations arising from or in connection with the Notes without the necessity of any taxes or duties being withheld at source and to transfer all amounts which are required therefore to the Fiscal Agent without any restrictions;
- (b) the Substitute Debtor assumes all obligations of the Issuer arising from or in connection with the Notes;
- (c) the Substitute Debtor undertakes to reimburse any Noteholder for such taxes, fees or duties which may be imposed upon it as a consequence of assumption of the obligations of the Issuer by the Substitute Debtor;
- (d) the Issuer irrevocably and unconditionally guarantees in favour of each Noteholder the payment of all sums payable by the Substitute Debtor in respect of the Notes on terms equivalent to the terms of the form of a senior guarantee of the Issuer;
- (e) there shall have been delivered to the Fiscal Agent one opinion for each jurisdiction affected of lawyers of recognized standing to the effect that subparagraphs (a), (b), (c), and (d) above have been satisfied.

For the purposes of this § 10, "**Affiliate**" shall mean any affiliated company (*Konzernunternehmen*) within the meaning of section 15 Austrian Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*).

(2)*Notice*. Notice of any such substitution shall be published in accordance with § 12.

(3)*Change of References*. In the event of any such substitution, any reference in these Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor. Furthermore, in the event of such substitution the following shall apply:

(a) in § 7 and § 5 (2) an alternative reference to the Republic of Austria shall be deemed to have been included (in addition to the reference according to the preceding sentence to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor);

(b) in § 10 (1)(d) an alternative reference to the Issuer in its capacity as guarantor shall be deemed to have been included in addition to the reference to the Substitute Debtor.

In the event of any such substitution, the Substitute Debtor shall succeed to, and be substituted for, and may exercise every right and power of, the Issuer under the Notes with the same effect as if the Substitute Debtor had been named as the Issuer herein, and the Issuer (or any corporation which shall have previously assumed the obligations of the Issuer) shall be released from its liability as obligor under the Notes.

§ 11 FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

(1)*Further Issues*. The Issuer may from time to time, without the consent of the Noteholders, issue further Notes having the same terms and conditions as the Notes in all respects (or in all respects except for the issue date, interest commencement date and/or issue price) so as to form a single Series with the Notes.

(2)*Repurchases*. The Issuer may at any time in accordance with and subject to the Applicable MREL Regulation (as defined in § 2 (2)) and subject to the conditions in § 5 (4), in particular in relation to any prior approval requirement of the Resolution Authority, (i) purchase Notes in the open market or otherwise and at any price and (ii) hold, resell or surrender such purchased Notes to the Fiscal Agent for cancellation. If purchases are made by tender, tenders for such Notes must be made available to all Noteholders of such Notes alike.

(3)*Cancellation*. All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§ 12 NOTICES

(1) *Publication.* All notices concerning the Notes shall be published on the website of the Issuer under the link: <https://www.bawagpsk.com/> and on the website of the Luxembourg Stock Exchange, www.bourse.lu. If publication on this website is not possible, the notices shall be published in a newspaper having general circulation in Luxembourg.

The Issuer shall also ensure that notices are duly published in compliance with the requirements of each stock exchange on which the Notes are listed. Any notice so given will be deemed to have been validly given on the date of such publication (or, if published more than once, on the date of the first such publication).

(2) *Notification to Clearing System.* The Issuer may, in lieu of the publication set forth in subparagraph (1) above, deliver the relevant notice to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Noteholders, provided that the rules of the stock exchange on which the Notes are listed permit such form of notice. Any such notice shall be deemed to have been given to the Noteholders on the seventh day after the day on which the said notice was given to the Clearing System.

§ 13 APPLICABLE LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

(1) *Exclusion of the Applicability of the Austrian Notes Trustee Act.* To the extent legally permissible, the applicability of the provisions of the Austrian Notes Trustee Act (*Kuratorenengesetz*) and the Austrian Notes Trustee Supplementation Act (*Kuratorenenergänzungsgesetz*) is explicitly excluded in relation to the Notes.

(2) *Applicable Law.* The Notes, as to form and content, and all rights and obligations of the Noteholders and the Issuer, shall be governed by German law except for conditions relating to the subordination which will be governed by Austrian law.

(3) *Submission to Jurisdiction.* The district court (*Landgericht*) in Frankfurt am Main shall have non-exclusive jurisdiction for any action or other legal proceedings ("**Proceedings**") arising out of or in connection with the Notes.

(4) *Enforcement.* Any Noteholder of Notes may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Noteholder and the Issuer are parties, protect and enforce in his own name his rights arising under such Notes on the basis of (i) a statement issued by the Custodian with whom such Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes (a) stating the full name and address of the Noteholder, (b) specifying the aggregate principal amount of Notes credited to such securities account on the date of such statement and (c) confirming that the Custodian has given written notice to the Clearing System containing the information pursuant to (a) and (b) and (ii) a copy of the Note in global form certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depositary of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the global note representing the Notes. For purposes of the foregoing, "**Custodian**" means any bank or other financial institution of recognized standing authorised to engage in securities custody business with which the Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System. Each

Noteholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce his rights under the Notes also in any other way which is admitted in Proceedings in the country in which the Proceedings take place.

§ 14
LANGUAGE

These Terms and Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

* * *

PART II – ADDITIONAL INFORMATION
Teil II.: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

A. Essential information
Grundlegende Angaben

Interests of Natural and Legal Persons involved in the issue/offer
Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

- So far as the Issuer is aware, no person involved in the offer of the Notes has an interest material to the offer, except that certain Dealers and their affiliates may be customers of, and borrowers from the Issuer and its affiliates. In addition, certain Dealers and their affiliates have engaged, and may in the future engage, in investment banking and/or commercial banking transactions with, and may perform services for the Issuer and its affiliates in the ordinary course of business.

Nach Kenntnis der Emittentin bestehen bei den an der Emission beteiligten Personen keine Interessen, die für das Angebot bedeutsam sind, außer, dass bestimmte Platzeure und mit ihnen verbundene Unternehmen Kunden von und Kreditnehmer der Emittentin und mit ihr verbundener Unternehmen sein können. Außerdem sind bestimmte Platzeure an Investment Banking Transaktionen und/oder Commercial Banking Transaktionen mit der Emittentin beteiligt, oder könnten sich in Zukunft daran beteiligen, und könnten im gewöhnlichen Geschäftsverkehr Dienstleistungen für die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen erbringen.

- Other interest (specify)
Andere Interessen (angeben)

Not applicable.
Nicht anwendbar.

Eurosystem eligibility
EZB-Fähigkeit

Intended to be held in a manner which would allow Eurosystem eligibility
Soll in EZB-fähiger Weise gehalten werden

Yes

Ja

Yes. Note that the designation "yes" simply means that the Notes are intended upon issue to be deposited with one of the ICSDs as common

safekeeper, and does not necessarily mean that the Notes will be recognized as eligible collateral for Eurosystem monetary policy and intra day credit operations by the Eurosystem either upon issue or at any or all times during their life. Such recognition will depend upon the ECB being satisfied that Eurosystem eligibility criteria have been met.

Ja. Es ist zu beachten, dass die Bestimmung "Ja" lediglich bedeutet, dass die Schuldverschreibungen nach Begebung bei einer der ICSDs als gemeinsamer Verwahrer hinterlegt werden sollen, und es bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Schuldverschreibungen als geeignete Sicherheit im Sinne der Währungspolitik des Eurosystems und der taggleichen Überziehungen (intra-day credit operations) des Eurosystem entweder nach Begebung oder zu einem Zeitpunkt während ihrer Existenz anerkannt werden. Eine solche Anerkennung wird vom Urteil der EZB abhängen, dass die Eurosystemfähigkeitskriterien erfüllt werden.

Prohibition of Sales to EEA Retail Investors

Verbot des Verkaufs an EWR Kleinanleger

Prohibition of Sales to EEA Retail Investors
Verbot des Verkaufs an EWR Kleinanleger

Not applicable.
Nicht anwendbar.

**B. Information concerning the securities to be offered /admitted to trading
Informationen über die anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Wertpapiere**

Securities Identification Numbers

Wertpapier-Kenn-Nummern

Common Code	204958408
<i>Common Code</i>	<i>204958408</i>
ISIN Code	XS2049584084
<i>ISIN Code</i>	<i>XS2049584084</i>
German Securities Code	A2R68T
<i>Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)</i>	<i>A2R68T</i>
Any other securities number	Not applicable.
<i>Sonstige Wertpapierkennnummer</i>	<i>Nicht anwendbar.</i>

Yield Rendite	0.48 per cent. <i>per annum</i> This yield is calculated at the Issue Date on the basis of the Issue Price. <i>0,48% per annum</i> <i>Diese Rendite ist berechnet am Tag der Begebung auf Basis des Ausgabepreises.</i>
Resolutions, authorisations and approvals by virtue of which the Notes have been issued Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, welche die Grundlage für die Emission der Schuldverschreibungen bilden	Resolutions of the management board (<i>Vorstand</i>) of the Issuer in August 2019 and resolutions of the supervisory board (<i>Aufsichtsrat</i>) of the Issuer in March 2019. <i>Beschlüsse des Vorstands der Emittentin im August 2019 sowie Beschlüsse des Aufsichtsrats der Emittentin im März 2019.</i>
C. Terms and conditions of the offer Bedingungen und Konditionen des Angebots	
Total amount of the offer; if the amount is not fixed, description of the arrangements and time for announcing to the public the definitive amount of the offer <i>Gesamtsumme der Emission/des Angebots wenn die Summe nicht feststeht, Beschreibung der Vereinbarungen und des Zeitpunkts für die Ankündigung des endgültigen Angebotsbetrags an das Publikum</i>	EUR 500,000,000 EUR 500.000.000
D. Listing and admission to trading Börsenzulassung und Notierungsaufnahme	Yes Ja
<input checked="" type="checkbox"/> Regulated Market and Official List of the Luxembourg Stock Exchange <i>Regulierter Markt und amtliches Kursblatt der Luxemburger Wertpapierbörse</i>	
Date of admission Datum der Zulassung	3 September 2019 3. September 2019
Estimate of the total expenses related to admission to trading <i>Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel</i>	EUR 4,900 EUR 4,900
Issue Price Ausgabepreis	99.178 per cent. 99,178%
Name and address of the entities which have a firm commitment to act as intermediaries in secondary trading, providing liquidity through bid and offer rates and description of the main terms of their commitment <i>Name und Anschrift der Institute, die aufgrund einer festen Zusage als Intermediäre im Sekundärhandel tätig sind und Liquidität mittels Geld- und Briefkursen erwirtschaften, und Beschreibung der Hauptbedingungen der Zusagevereinbarung</i>	Not applicable. <i>Nicht anwendbar.</i>

E. Additional Information
Zusätzliche Informationen

Rating
Rating

Moody's: Baa2

Moody's: Baa2

Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") is established in the European Community and is registered pursuant to Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies, amended by Regulation (EC) No 513/2011 of the European Parliament and of the Council of 11 March 2011, (the "**CRA Regulation**"). The European Securities and Markets Authority ("**ESMA**") publishes on its website (www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs) a list of credit rating agencies registered in accordance with the CRA Regulation. That list is updated within five working days following the adoption of a decision under Article 16, 17 or 20 CRA Regulation. The European Commission shall publish that updated list in the Official Journal of the European Union within 30 days following such update.

*Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") hat ihren Sitz in der Europäischen Union und ist gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011, (die "**Ratingagentur-Verordnung**") registriert. Die Europäische Wertpapier und Marktaufsichtsbehörde ("**ESMA**") veröffentlicht auf ihrer Webseite (www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs) ein Verzeichnis der nach der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen. Dieses Verzeichnis wird innerhalb von fünf Werktagen nach Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 16, 17 oder 20 der Ratingagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht das aktualisierte Verzeichnis im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach der Aktualisierung.*

F. Consent to use the Base Prospectus
Einwilligung zur Nutzung des Prospekts

Not applicable.

Nicht anwendbar.

BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse
Aktiengesellschaft
(as Issuer)
(als Emittentin)